



Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -

am 17.06.2021

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:00 Uhr

Das Gremium besteht aus Bürgermeister und 16 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Baubürgermeister Christian Kuhlmann

Mitglieder:

Stadträtin Magdalena Bopp

Stadtrat Alfred Braig

Stadträtin Heidrun Drews

Stadtrat Peter Grunwald

Stadträtin Flavia Gutermann

Stadtrat Hubert Hagel

befangen TOP 2

Stadträtin Waltraud Jeggle

Stadtrat Werner-Lutz Keil

Stadtrat Friedrich Kolesch

Stadträtin Gabriele Kübler

Stadträtin Isolde Lauber

Stadtrat Herbert Pfender

Stadträtin Waltraud Riek

Stadträtin Petra Romer-Aschenbrenner

Stadträtin Silvia Sonntag

Stadtrat Josef Weber

Stadtrat Dr. Otmar M. Weigele

Protokollführer:

Sandra Keller

Verwaltung:

Roman Adler, Stadtplanungsamt

Andrea Appel, Gremien, Kommunikation,
Bürgerengagement

Ortsvorsteher Ringschnait Walter Boscher

Verena Fürgut, Amt für Bildung, Betreuung u. Sport

Siegfried Kopf-Jasinski, Hochbauamt

Ortsvorsteher Stafflangen Helmut Müller

Öffentliche Sitzung des Bauausschusses am 17.06.2021

Peter Münsch, Tiefbauamt
Ortsvorsteher Mettenberg Alexander Wachter
Robert Walz, Gebäudemanagement

Gäste:

Herr Koeber, Landschaftsarchitekt
Herr Mägerle, Schwäbische Zeitung
Herr Zepp, BIBERACH KOMMUNAL

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Umgestaltung Ulmer-Tor-Straße - Billigung Entwurf und Baubeschluss	2021/096
2.	Aufstellung des Bebauungsplans und der örtlichen Bauvorschriften "Angerweg"	2021/111
3.	Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Krautgärten II" (Ring- schnait) Beschluss Rahmenplan	2021/117
4.	Bundesprogramm zur Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel Bewerbung der Stadt Biberach	2021/115
5.	Barrierefreier Umbau Bushaltestellen Jahresprogramm 2022-2023	2021/114
6.	Sanierung Pestalozzi-Gymnasium Fördermöglichkeiten und ihre Auswirkungen auf die Terminierung der Maßnahme	2021/112
7.	Erweiterung der Grundschule Stafflangen	2021/122
8.	Bekanntgaben und Verschiedenes	
8.1.	Verschiedenes - Bericht zur Umsetzung von Hochwasserschutzmaß- nahmen im Bereich Biberach	
8.2.	Verschiedenes - Parkhaus BSZ	
8.3.	Verschiedenes - Ochsenhauser Hof – Grünschnitt / Kastanienbäume	
8.4.	Verschiedenes - Mulchen	

Die Mitglieder wurden am 09.06.2021 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Ratsinfosystem unter www.ris-biberach.de ab 09.06.2021 ortsüblich bekannt gegeben.

**TOP 1. Umgestaltung Ulmer-Tor-Straße
- Billigung Entwurf und Baubeschluss**

2021/096

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 2021/096 zur Vorberatung vor.

BM Kuhlmann führt in den Sachstand ein. Es liegen Entwurfsplanungen des Landschaftsarchitekturbüros Koeber für die Umgestaltung der Ulmer-Tor-Str. vor. Es handele sich um ein schwieriges Thema, da ständig neue Erkenntnisse, die Einfluss auf die Planung genommen hätten, aufgetreten seien. Die Vorlage sollte bereits vor Monaten ins Gremium eingebracht werden. Es sei zu erheblichen Kostensteigerungen gekommen. Die Gesamtsituation habe sich völlig verändert. Über diese müsse nun gesprochen werden. Das Stadtplanungsamt hat die Möglichkeit einer Erweiterung des Sanierungsgebietes „Alter Postplatz/Saumarkt“ auf die Ulmer-Tor-Str. geprüft. Das Regierungspräsidium habe nach Rücksprache mit dem Wirtschaftsministerium der geplanten Gebietserweiterung zugestimmt. Die Maßnahme sei mit ca. 300.000 € förderfähig, auch bei einem Baubeginn in 2024.

Herr Koeber werde sogleich die Preissteigerungen näher erläutern.

Herr Koeber schildert dem Gremium, dass sich die Rahmenbedingungen erheblich verändert haben. Ein wesentlicher kostentreibender Faktor sei die Höhensituation – schwaches Längsgefälle von 0,4 bis 0,8 % –, weshalb sehr hohe Anforderungen an die Materialität gestellt werden. Nachdem es um den gesamten Oberbau gehe, sei zudem ein Pflastergutachter beauftragt worden. Die gebundene Bauweise – Trennbetonschicht – sei ein weiterer Kostenfaktor. Des Weiteren hat die Baugrunduntersuchung ergeben, dass das Bodenmaterial belastet sei und somit aufwendig entsorgt werden müsse. Nach den Erkenntnissen einer Sondierung, welche mittels Suchschlitze realisiert worden sei, liegen die Leitungen der Telekom mit nur 30-60 cm Überdeckung durchgehend zu nah unter der Belagsoberfläche. Um die Leitungen entsprechend anzupassen, bedeute dies einen Eingriff in den Untergrund, was wiederum die Kosten beeinflusse. Beabsichtigt sei in der aktuellen Planung ein höheres Einstauvolumen zu generieren oder zumindest das vorhandene Volumen beizubehalten. Die Hauptschwierigkeit sei das sehr geringe Längsgefälle von 0,4 bis 0,8 %, welches außerhalb jeglicher Regelwerke liege und deshalb mehrere Anpassungen in der Materialität getroffen werden müssen. Die angetroffene Situation bezüglich des geringen Längsgefälles und der massiven Anzahl an Medienleitungen sei sehr speziell und bewege die Gesamtplanung in eine völlig andere Richtung.

Stadträtin Sonntag bedankt sich für die Einführung. Die Umgestaltung sei ihr ein großes Anliegen. Die Vorlage habe gut begonnen und sei leider mit jeder Seite weniger erfreulich geworden. Was vorgefallen sei, habe Herr Koeber dem Gremium gut erläutert. Sie fragt sich, wo das belastete Material herkomme. Hat nicht ein einseitiges Gefälle die Problematik, dass in der Richtung in die das Gefälle geht, Wasser stehen bleibe. Sie sehe es sehr kritisch, ob bzw. wie das Wasser an dieser Stelle abgeleitet werden könne. Sie befürworte das Pflaster. Wäre es gegebenenfalls besser mit Asphalt zu arbeiten, da dies zu einem geringeren Aufbau führe. Warum benötigt die Telekom 6 bis 8 Monate um die Leitungen zu verlegen. Sie hält diesen Zeitraum für zu lange. Die Verwaltung möchte nach der Verlegung der Leitungen der Telekom in 2022 die Straße über die Heimattage in 2023 hinweg mit einem Provisorium überbrücken. Wie könne Sie sich das vorstellen. Der richtige Ausbau der Straße solle dann nach Angabe der Verwaltung erst im Jahr 2024 stattfinden.

Für Anlieger sei das eine große Geduldsprobe. Sie appelliere an alle Beteiligten die Belastung der Anlieger zu minimieren.

Sie stellt daher den **Antrag**, dass der Baubeginn auf das Jahr 2024 verschoben werde.

Im Jahr 2023, wenn die Heimattage stattfinden, könne die Straße von der Jugendkunstschule umgestaltet werden und einfach ansprechend gestaltet werden.

Stadträtin Gutermann moniert die hohen Kosten und hebt hervor, dass sie nach den Ausführungen von Herrn Koeber ein bisschen mehr Klarheit erhalten habe. Sie möchte dennoch eine verständliche Nachvollziehbarkeit der Kosten, da sie andernfalls nicht zustimmen könne. Unnachvollziehbar sei, weshalb die Telekom 6 bis 8 Monate für die Maßnahme benötige. Die Zeitschiene sei den Anliegern nicht zuzumuten. Es gebe doch mehrere Wege in die Stadt, so dass für die Heimattage eine einfache Verschönerung genüge. Sie kann dem Antrag der Grünen nur folgen.

Nach Auffassung von Stadtrat Keil lernt man nie aus. Er dachte bis zur Vorlage, dass eine ebene Fläche einfacher zu pflastern sei, als ein Gefälle. Dieses sei jedoch sehr wichtig, aufgrund der Starkregenereignisse, weshalb er sich fragt, ob die Kanäle entsprechend dimensioniert seien. Die Entwässerung sei ohnehin das Problem. Ein weiteres der Zeitplan. Er findet den Antrag der Grünen gut. Er plädiere für die Umsetzung der Maßnahme in einem Zug. Er freue sich über die Erweiterung des Sanierungsgebietes und sei gespannt auf die Antworten. Seine Entscheidung folge.

Stadtrat Dr. Weigele fühlt sich in seiner Grundhaltung bestätigt. Seine Fraktion sei und war sehr skeptisch. Seiner Auffassung nach handele es sich um eine „never ending story“. Mit dem Projekt werde unendlich viel Geld verschlungen. Er fühlt sich in seiner Meinung bestätigt und möchte die Umsetzung zu einem späteren Zeitpunkt insgesamt erledigt wissen. Die Kosten seien nicht zu rechtfertigen.

Stadtrat Kolesch stellt den **Antrag**, dass die Baumaßnahme in einem Zug umgesetzt werde. Seiner Fraktion sei die Sanierung der Straße ein großes Anliegen. Bereits vor 5 Jahre haben er den Antrag gestellt die Sanierung vorzuziehen. Es sei schade, dass die Planungsphase so lange gedauert habe. Ihn überrasche, dass die veränderten Grundlagen jetzt erst in der Ausführungsplanung auftreten. Seiner Meinung nach sei die Zeitschiene völlig klar. Die Maßnahme müsse in einem Zug gemacht werden. Zudem müssen zuerst die Hochbauprojekte – Ulmer-Tor-Str. 8 und Ulmer-Tor – fertig gestellt werden und erst dann könne die Straße saniert werden. Unverständlich sei für ihn ebenfalls, warum die Telekom 6 bis 8 Monate Verlegezeit benötige. Das sei den Anliegern nicht vermittelbar. Die Kosten seien enorm gestiegen und dabei ist die Straßenbeleuchtung noch nicht einmal enthalten. Die Kosten werden sich am Ende auf ca. 2,0 Mio € belaufen. Er hätte sich die Darstellung einer Alternative gewünscht – beispielsweise mit Randsteinen –. Insgesamt bittet er die Verwaltung die ganze Maßnahme noch einmal zu beleuchten. Die Verhältnismäßigkeit sei verloren gegangen. Vielleicht ergeben sich andere Lösungen, die gestalterisch nicht so gefällig sind, aber praktisch funktionieren.

Herr Koeber teilt mit, dass die Straßen früher mit Teer überspritzt worden seien und zuvor u.a. mit Bauschutt aufgefüllt worden seien. Zum Thema Gefälle seien alle Möglichkeiten diskutiert worden. Dies geschieht mit Hilfe eines 3-D-Modells. Die vorgeschlagene Lösung sei die Beste. Die 2,5 % aus der vorgegebenen Norm hätten niemals eingehalten werden können.

Öffentliche Sitzung des Bauausschusses am 17.06.2021

Herr Münsch erläutert, dass im Hinblick auf die Starkregenereignisse nach Umsetzung der Maßnahme mehr Volumen in der Straße gesammelt werden könne. Für die Gebäudeeigentümer werde sich die Situation deutlich verbessern. Die Asphaltbauweise sei deutlich schwieriger. Sollte die Teerwalze einmal stehen bleiben, hinterlasse diese eine Delle die bleibe und an dieser Stelle laufe kein Wasser mehr ab. Die Zeitdauer der Telekom begründet sich durch die Vielzahl an Leitungen, die verlegt seien. Die Zentrale der Telekom hatte früher ihren Sitz am Ring, weshalb ca. 600 Glasfaserkabel durch die Straße verlaufen. Die Telekom müsse für mehrere 100.000 € eine neue Struktur aufbauen, sonst hätten große Bereiche von Biberach keine Medien (mehr) zur Verfügung. Es sei nicht realistisch in einem Jahr alles zu realisieren, insbesondere wenn Nahwärme und Strom dazukommen.

Er gibt zu bedenken, dass eine Verschiebung in das Jahr 2024 im Spätherbst bedeuten könne, dass die Teilbereiche die nicht (mehr) gepflastert werden könnten, provisorisch verschlossen werden müssen und dann im Frühjahr 2025 erst beendet werden können.

Die Frage von Stadtrat Kolesch kann er wie folgt beantworten. Mit einem Hochboard könne mehr Stauraum geschaffen werden, aber das geringe Längsgefälle bleibe genau so schlecht wie bisher. Gleichwohl können Starkregenereignisse verbessert werden.

BM Kuhlmann fasst zusammen, wie kompliziert die Situation sei. Ihm gefalle die Anregung von Stadträtin Sonntag die Straße für die Heimattage schön herzurichten. Das Problem mit der Bauzeit könne nicht gelöst werden. Die Leitungen seien nicht normgerecht verbaut, weshalb auch die Telekom die Kosten trägt. Das Thema der Förderung müsse allerdings geklärt werden. Er hält fest, dass die Förderung möglich gemacht werden müsse. Eine Verschiebung der Maßnahme könne er sich gut vorstellen. Bis 2023 werde keine Umsetzung erfolgen. In 2024 startet die Baumaßnahme mit dem Wissen, dass es bis 2025 andauern könne. Er betont, dass die Gutachten sehr viel Geld gekostet haben. Er könne sich die Maßnahme in 2024 sehr gut vorstellen. Das Gremium entscheide in 2023 im Rahmen der Haushaltsplanung. Die Förderung müsse davor geklärt werden, die 300.000 dürfen in keinem Falle verloren gehen.

Nach Aussage von Stadtrat Braig gibt es wichtigere Dinge wie beispielsweise Schulen und Kindergärten, weshalb er die Maßnahme verschieben wolle.

Stadträtin Sonntag weist auf die Kostensteigerung bis im Jahr 2024 hin. Die Alternative wäre, dass 2023 auch während der Heimattage gebaut werde. Es wird eine Baustelle betrieben und die Stadt könne zeigen, dass etwas geschafft werde.

Stadtrat Kolesch **wiederholt** seinen bereits gestellten **Antrag**. Insbesondere die Hochbauten sprechen gegen die Durchführung der Maßnahme vor 2024. Für die CDU sei es undenkbar vor dem Jahre 2024 die Maßnahme zu beginnen. Er bittet die Verwaltung inständig die Maßnahme in der Gesamtheit und auch technisch erneut zu durchleuchten. Vielleicht können die Bäume verlegt werden. Insbesondere das Thema mit dem Einstauvolumen könne die Kosten deutlich senken.

BM Kuhlmann merkt an, dass das Projekt Fritschle von der Pfluggasse aus angedient werde, weshalb er an dieser Stelle kein Problem sehe. Er **sagt dem Gremium zu**, noch einmal Kosteneinsparungen zu überprüfen. Ebenso müsse die grundsätzliche Möglichkeit der Förderung geklärt werden.

Öffentliche Sitzung des Bauausschusses am 17.06.2021

BM Kuhlmann schlägt deshalb vor, die Beschlussvorlage zurückzuziehen und den Antrag der Grünen- und der CDU-Fraktion zur Abstimmung aufzurufen.

Das Gremium **stimmt** der Vorgehensweise **zu**.

Nach kurzer Diskussion empfiehlt der Bauausschuss dem Gemeinderat einstimmig (16 Ja-Stimmen) entsprechend dem geänderten Beschlussantrag der Grünen- und CDU-Fraktion wie folgt zu beschließen:

Auf Antrag der Grünen- und CDU-Fraktion wird die Maßnahme in 2024 begonnen und die Verwaltung wird beauftragt, weitere Optimierungsmaßnahmen zu prüfen.

TOP 2. Aufstellung des Bebauungsplans und der örtlichen Bauvorschriften "Angerweg" 2021/111

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 2021/111 zur Vorberatung vor.

Stadtrat Hagel ist im Vorstand der Baugenossenschaft und deshalb befangen. Er verlässt den Sitzungssaal.

Herr Adler stellt die der Vorlage beigefügten Planvarianten dar. Herr Adler möchte mit diesen beiden Planvarianten die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung durchführen.

Stadträtin Lauber hebt hervor, dass wieder einmal Bestandsgebäude abgerissen werden müssen, da es versäumt wurde, die Gebäude entsprechend rechtzeitig zu sanieren. Sie spricht sich für die Variante 2 aus, da diese lockerer wirke. Innerhalb des Quartiers solle kein Autoverkehr möglich sein. Der 6-Geschosser solle ein Gründach erhalten. Sie frage sich, ob die Mieter bereits entmietet worden seien und ob diese – ehemaligen – Mieter ein Vorzugsrecht erhalten. Ferner frage sie sich, ob eine rechtzeitige Bürgerbeteiligung angestrebt werde.

Stadträtin Bopp begrüßt den sozialen Wohnbau. Ihrer Auffassung nach werde es auf die Variante 2 hinauslaufen. Der 6-Geschosser vertrage sich gut mit dem Umfeld. Wegen der möglichen Beschattung der Umgebungsgebäude, wenn die Sonne von Osten und Süden komme, wünsche sie sich eine Simulation.

Stadträtin Riek stimmt der Vorlage auch zu. Sie sieht das Projekt aber sehr kritisch, da Wohnungen nicht erhalten werden. Dies sei ein gutes Beispiel dafür, dass seit der Errichtung des Gebäudes nichts mehr gemacht worden sei. Es sei einfacher abzureißen und neu aufzubauen. Für einen Bauträger, der sich sozialen Wohnbau auf die Fahne geschrieben habe, finde sie es sehr kritisch. Wie werde mit den Mietern umgegangen. Dies sei ihrer Meinung nach ein sehr schlechter Weg. Sie sehe eher Variante 2.

Stadtrat Braig bekräftigt, dass es vorliegend lediglich um einen Aufstellungsbeschluss gehe. Die Baugenossenschaft plane sozialen Wohnungsbau. Er verweist auf die Errichtung von dringend benötigten sozialen Wohnungen und das Entstehen sei doch ein Wort.

Stadträtin Romer-Aschenbrenner begrüßt das Vorhaben der Baugenossenschaft. Die Quartierbildung sei eine sehr schöne Sache, besonders gut gelungen sei die Variante 2 b. Sie könnte sich anstatt des 6-Geschossers auch einen 7-Geschosser vorstellen. Sie hoffe zudem auf gute Wohnersatzlösungen für die bestehenden Mieter.

BM Kuhlmann stellt fest, dass er zu den wohnungspolitischen Fragestellungen leider keine Auskunft erteilen könne. Er schlägt vor, Herrn Detzel ins Gremium einzuladen um das gesamte Konzept vorzustellen. Der Zustand der Wohnungen sei katastrophal. Es sei wirtschaftlich nicht tragbar, weshalb eine neue Entwicklung angeregt worden sei. Die Mietersatzangebote könne ebenfalls Herr Detzel erläutern. Auch die Frage, weshalb die Bestandsgebäude nicht mehr erhalten werden können, werde sicherlich von Herrn Detzel beantwortet werden können. Für ihn gab es keine Anhaltspunkte an den Ausführungen, dass die Gebäude nicht mehr wirtschaftlich saniert werden können, zu zweifeln.

Ohne weitere Aussprache empfiehlt der Bauausschuss dem Gemeinderat einstimmig (15 Ja-Stimmen) entsprechend dem Beschlussantrag der Verwaltung wie folgt zu beschließen:

- 1. Für das im Lageplan Nr. 21-67 gekennzeichnete Gebiet wird der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften „Angerweg“ auf der Grundlage von § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 13a BauGB aufgestellt.**
- 2. Die in den Anlagen befindlichen zwei Varianten des städtebaulichen Konzeptes „Angerweg“ werden gebilligt, diese dienen als Grundlage der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung.**

TOP 3. Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Krautgärten II" 2021/117
(Ringschnait)
Beschluss Rahmenplan

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 2021/117 zur Vorberatung vor.

Stadtrat Hagel befindet sich wieder im Sitzungssaal.

Herr Adler stellt den der Vorlage beigefügten Rahmenplan inklusive der Varianten 1 - 3 dar. In den städtischen Wohngebieten werden grundsätzlich Mehrfamilienwohnhäuser angeboten. Dies möchte er mit kleineren Mehrfamilienwohnhäuser in den Ortsteilen gerne ausprobieren. Er gehe von einer regen Nachfrage aus. Die Mehrfamilienwohnhäuser seien punktuell verteilt worden, ähnlich dem Baugebiet Breite. Es habe im Vorfeld intensive Diskussionen mit Herrn Boscher gegeben. Die Verwaltung habe zwei Alternativvarianten (Variante 2 + 3) dargestellt, ohne das Gesamtkonzept zu ändern. Die Verwaltung schlägt Kettenhäuser vor, da diese bei ähnlich großen Grundstücken wie Doppelhaushälften den Vorteil genießen, dass eine Abstimmung mit dem Nachbar nicht erforderlich werde und somit keine Abhängigkeiten entstünden. Die freistehenden Einfamilienhäuser würde er zurückstellen, da er sich auch in der Verantwortung sieht, die Baukosten im Blick zu behalten und sich nicht jeder das freistehende Einfamilienhaus leisten könne.

Herr Boscher teilt mit, dass er die Beschlussvorlage am Dienstag im Ortschaftsrat beraten habe. Die Kettenhäuser mit den kleinen Grundstücken sprechen nicht alle Ortschaftsräte an. Da jedoch Tiny Häuser nachgefragt werden, gehe der Ortschaftsrat im Gesamten davon aus, dass auch die Kettenhäuser Zuspruch finden. Bezüglich der Stellplätze wäre es sinnvoll noch weitere Stellplätze zu realisieren. Der Verzicht auf den Gasanschluss bedeute, dass eigentlich nur noch über eine Wärmepumpe/Strom geheizt werden könne, mit der Verpflichtung zum Einbau einer PV-Anlage ab dem Jahr 2022. In diesem Zusammenhang müsse zwingend daran gedacht werden, dass bestimmte Höhen nicht überschritten werden.

Ein zentraler Punkt sei das Baugebiet Krautgärten I. Als dieses entwickelt worden sei, wurden Ausgleichsflächen angelegt. Die Unterhaltung lag bei der Stadt, weshalb die Flächen den angrenzenden Eigentümern zum Kauf angeboten worden seien, die diese nun pflegen (müssen). Beim Wegfall des Wirtschaftsweges können die Häuslebesitzer diese Flächen in der gewohnten Weise nicht mehr bewirtschaften. Nach Forderung des Ortschaftsrates müsse das Baugebiet um diese Fläche nach Osten verschoben werden. Herr Deeng möchte den **Antrag** gerne in den Beschluss **mitaufnehmen**. Bezüglich der beiden Stichstraßen wünsche sich der Ortschaftsrat eine Verbindung. Zwischen den beiden Stichstraßen liegt ein Grüngürtel. Eine Verbindung müsse daher ohne Aufgabe von Grundstücken möglich sein. Autorasen soll selbstverständlich nicht möglich sein. Es müsse zudem berücksichtigt werden, dass es in Ringschnait einen Winter gebe und der Schnee irgendwohin geräumt werden müsse. Deshalb sollten Flächen in dieser Grünanlage geschaffen werden, an diese der Schnee geräumt werden könne. Dieser Punkt sollte daher überdacht werden. Die Bedenken der Bürger konnten ebenfalls ausgeräumt werden, da das neue Baugebiet eine Hanglage nach Nord-Osten inklusive Retentionsfläche ausweist. Dadurch wird das Abfließen von Starkregenwasser gewährleistet. Das weitere Abwasser – Schmutzwasser – werde dem bestehenden Kanal zugeführt und das Oberflächenwasser versickere. Die Bürger hätten dies akzeptiert. Der Ortschaftsrat habe einstimmig zugestimmt, jedoch mit der Ergänzung, dass der Wirtschaftsweg Krautgärten I und III erhalten bleiben müsse.

Herr Adler teilt mit, dass der fehlende Gasanschluss keine Entscheidung der Verwaltung gewesen sei. Es liege nicht in seiner Hand, wenn sich kein Versorger findet. Bezüglich des landwirtschaftlichen Weges findet sich die Verwaltung derzeit in Aufarbeitung.

BM Kuhlmann hält fest, dass sich das Verfahren derzeit im Aufstellungsbeschluss befinde. Er nimmt die Anregungen mit. Den Weg um 3 bis 5 m zu verschieben, sei nicht ganz so einfach. Er **sagt jedoch zu**, den Sachverhalt zu prüfen.

Stadtrat Weber moniert, dass das ganze Projekt noch nicht ausgereift sei, wenn er die Ausführungen von Herrn Boscher aufnehme. Er findet die Kettenhäuser als neue Wohnformen sehr gut. Die Möglichkeit von Mehrgenerationshäuser findet er richtig gut. Variante 1 könne er sich sehr gut vorstellen. Insgesamt stimme er der Vorlage zu.

Stadträtin Gutermann kann der Vorlage zustimmen. Es gehe auch in ländlichen Gegenden nicht mehr, nur freistehende Einfamilienhäuser zu planen. Im Stadtgebiet von Biberach werde diese Vorgehensweise stringent umgesetzt.

Stadträtin Kübler bekräftigt, dass die Nachfrage an Wohnraum sehr hoch sei. Jedes Neubaugebiet sei gleichwohl mit ökologischer Umsicht zu planen. Es seien einige kleinere Grundstücksflächen dabei und hoffentlich auch Kettenhäuser. Die Retentionsfläche mit mehr grün, empfindet sie als sehr gut. Sie sieht Variante 1 als die beste Variante an. Sie fragt sich, wie die Müllentsorgung gewährleistet werde.

Insgesamt stimme sie der Vorlage zu.

Stadtrat Braig hält dem Gremium vor Augen, dass es sich lediglich um einen Rahmenplan vor der Aufstellung des Bebauungsplans handle. Es sei wichtig, auf den Ortschaftsrat zu hören. Er stimmt zu und betont erneut den Ortschaftsrat intensiv im Verfahren zu hören.

BM Kuhlmann **sagt zu**, dass dies selbstverständlich gemacht werde.

Stadträtin Jeggle findet die Errichtung von freistehenden Einfamilienhäusern in Kombination mit Mehrfamilienhäusern sehr gut. Wenn der Gasanschluss nicht möglich sei, könne vielleicht geprüft werden, ob ein Nahwärmenetz funktioniert. Ihre Fraktion befürwortet die Aufrechterhaltung des Wirtschaftsweges zwischen Krautgärten I und III. Die Entwässerung sei gut geplant. Sie begrüßt Variante 1.

Herr Adler stellt dar, dass die Müllentsorgung der Stichstraßen wie in vielen anderen Baugebieten erfolgen werden, nämlich über die Hauptstraße. Müllfahrzeuge dürfen seines Wissens nach nicht mehr Rückwärtsfahren. Die Thematik müsse jedoch noch abgestimmt werden.

Eine Nahwärmenetz sieht BM Kuhlmann sehr kritisch, da es wirtschaftlich nicht darzustellen sei. Dies wurde bereits beim Baugebiet Breite geprüft und das Ergebnis der Nichtwirtschaftlichkeit hat sich sehr schnell ergeben. Es benötige eine entsprechende Dichte und hinzukommen muss, dass der Versorger nicht zu weit weg sein darf.

Stadtrat Kolesch ist irritiert, darüber, dass vorliegend ein Rahmenplan beschlossen werde, der im Prinzip ein Aufstellungsbeschluss sei. Zudem könne er nicht begreifen, wie mit den Beschlüssen des Ortschaftsrates umgegangen werde. Seiner Auffassung nach sollte sich die Meinung des Ortschaftsrates in der Vorlage widerspiegeln oder zumindest im Gremium mündlich berichtet werden. Es liege ein Ergänzungsvorschlag des Ortschaftsrates vor und er finde es schwierig die Meinung nur als Anregung aufzunehmen. Die Bewirtschaftung der Flächen sei wichtig, da die Stadt diese Flächen abgegeben habe und die Anlieger müssen diese nun pflegen. Der Wirtschaftsweg sei wichtig, insbesondere um dort mit dem Anhänger das Grüngut abzutransportieren. Sofern ein Rückwärtsfahren nicht möglich sei, können die Stichstraßen nicht getrennt bleiben, sondern müssen verbunden werden. Dies sei dem Ortschaftsrat auch sehr wichtig.

BM Kuhlmann schlägt dem Gremium vor, den Beschlussantrag des Ortschaftsrates als Ziffer 3 gesondert aufzuführen und getrennt abzustimmen.

Nach kurzer Diskussion empfiehlt der Bauausschuss dem Gemeinderat einstimmig dem Beschlussantrag der Verwaltung wie folgt zu beschließen:

- 1. Die Entwürfe für den Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften werden auf Basis des Rahmenplans - Variante 1 erstellt.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis dieser Variante die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange durchzuführen.**

Ohne weitere Aussprache empfiehlt der Bauausschuss dem Gemeinderat einstimmig entsprechend dem ergänzenden Beschlussantrag des Ortschaftsrates wie folgt zu beschließen:

- 3. Der bestehende Wirtschaftsweg bleibt erhalten, das Baugebiet entsprechend angepasst und eine Verbindung der beiden Stichstraßen über den Grünzug hinweg vorgesehen.**

TOP 4. Bundesprogramm zur Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel 2021/115
Bewerbung der Stadt Biberach

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegt Drucksache Nr. 2021/115 zur Kenntnisnahme vor.

Baubürgermeister Kuhlmann erläutert die Bewerbung der Stadt Biberach im Bundesprogramm zur Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel. Es sei eine große Freude diesen Zuschuss zu erhalten. Er freut sich sehr darüber und bedankt sich insbesondere bei MdB Herr Gerster, der die Verwaltung auf das Programm aufmerksam gemacht habe. Sein Dank gilt auch dem Stadtplanungsamt, welches innerhalb von wenigen Wochen die Planung vorangebracht habe, um den Antrag stellen zu können.

Stadträtin Sonntag freut sich, dass u.a. der Gigelberg etwas zügiger umgestaltet werde. Vielleicht gibt es noch weitere Ideen, wie der Gigelberg künftig genutzt werden könne. Sie erwartet mit Spannung die Beschlussvorlagen.

Stadträtin Bopp freut sich über die Vorlage. Das Geld könne doch etwas bewegen. Sie bedankt sich bei den MdBs, sowie den Mitarbeitern der Stadtplanung die am Antrag beteiligt waren und diesen umgesetzt haben. Die Maßnahmen auf dem Gigelberg müssen behutsam umgesetzt werden, dieser dürfe nicht verändert werden. Sie frage sich wie der Stand mit dem Denkmalamt sei. Der Platz werde den Großveranstaltungen nicht mehr in allen Belangen gerecht. Was meint die Verwaltung mit dieser Aussage.

Stadträtin Kübler sieht die Finanzspritze als absoluten Glücksfall an. Sie sei gespannt auf die angekündigten Beschlussvorlagen.

Stadtrat Braig verzichtet auf Ausführungen.

Stadtrat Kolesch findet es hervorragend, dass der Bund Projekte fördert, die in Biberach ohnehin umgesetzt werden oder auch bereits beschlossen worden sind. Es freut seine Fraktion sehr, dass die Verwaltung im Zwang sei, die Maßnahmen bis 2024 umzusetzen. Die CDU habe mehrfach Anträge gestellt und nun müssen am Gigelberg endlich Maßnahmen umgesetzt werden, ebenso wie am Lindele. Auch die Kleingartenanlagen seien sehr wichtig. Es wurde mehrfach beschlossen, dass ein Konzept zu den Kleingartenanlagen auf den Weg gebracht werde. Darauf wartet er noch immer.

BM Kuhlmann hat den Eindruck, dass sich die Verwaltung mit der Förderung selber ein Bein gestellt habe. Durch die Förderung bestehe die Möglichkeit ein externes Büro zu beauftragen, weshalb diese einmalige Chance genutzt werden müsse. Der Gigelberg werde den Anforderungen des Schützenfestes nicht mehr gerecht. Die befestigte Fläche befinde sich im Widerspruch zur Teilsiegelung, das sollte der Satz sagen.

Herr Adler teilt mit, dass das Thema Denkmalschutz derzeit geprüft werde. Das Ergebnis werde voraussichtlich im Herbst vorliegen.

Öffentliche Sitzung des Bauausschusses am 17.06.2021

Stadtrat Dr. Weigele hofft, dass auch der Forst, namentlich Herr Weißhaupt miteingebunden werde.

BM Kuhlmann stellt klar, dass mit Vertretern des Bundes Gespräche geführt werden. Die konkreten Maßnahmen werden ins Gremium eingebracht werden.

Der Bauausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

TOP 5. Barrierefreier Umbau Bushaltestellen Jahresprogramm 2022-2023 2021/114

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2021/114 zur Beschlussfassung vor.

Herr Münsch erläutert, dass das Regierungspräsidium fordert, dass Bushaltestellen nur als Haltestellenbucht ausgeführt werden können, wenn eine entsprechende Stundenbelastung mit Kraftfahrzeugen überschritten werde. Danach müsste eine solche Bucht 88,7 m lang sein, insbesondere damit der Bus mit allen drei Türen öffnen kann. In Biberach gebe es nicht eine einzige Bucht die diese Voraussetzung erfülle. Das Regierungspräsidium räumt dem ÖPNV den Vorrang ein. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass das Anhalten des Busses auf der Fahrbahn die Konsequenz hat, dass Radwege unterbrochen werden müssen. Die Genehmigung liege bei den Straßenbaulastträgern, mithin beim Regierungspräsidium. Im Sommer werde eine Koordinierungsgespräch stattfinden, ob an den Bundesstraßen alle Bushaltestellen umgebaut werden müssen.

Stadträtin Sonntag bemerkt, dass die Stadtwerke den Buskap präferieren. Dies sei für sie ein wichtiges Argument, zudem sei ein Kap billiger in der Realisierung, weshalb sie grundsätzlich auch den Buskap den Vorzug geben würde. Das dadurch erforderliche Anhalten sei dem Radfahrer zuzumuten. Bei Straßenerneuerungen sollte zwingend auch die Haltestelle mitumgebaut werden. Die Barrierefreiheit sei sehr wichtig, für viele Menschen.

Stadträtin Bopp hält das Programm für sehr ambitioniert. Sie kenne nicht alle Bushaltestellen. Jedoch eine davon sehr genau, nämlich die beim Stadtteilhaus. Die Aufgabe der Stellplätze sei für sie ein absolutes „no-go“. Diese Parkplätze werden dringend gebraucht. Sie kann der Vorlage nicht zustimmen, es sei denn, sie erhalte eine plausible Antwort für den Wegfall der 11 Stellplätze.

Stadtrat Keil begrüßt die Ausweitung des ÖPNVs und die Auswirkungen – Anhalten des Verkehrs – durch die Buskaps. Der bereits eingeschlagene Weg sei richtig und ohnehin seien es so viele Buskaps nun auch wieder nicht. Aus Zeitgründen möchte er nicht jede einzelne Haltestelle ansprechen. Rund um das Stadtteilhaus sind eine Menge Parkplätze, so dass er an dieser Stelle kein Problem sehe. Haltestellen hängen an bestehende Linien. Er frage sich, ob alle Haltestellen eine gesicherte Zukunft haben. Das sollte intern in jedem Fall geprüft werden. Das Anhalten von Radfahrern halte er für verschmerzbar. Die Verwaltung habe sich mit dem Umbau sehr viel vorgenommen.

Stadtrat Braig stellt klar, dass er gegen die Ziffer 1 des Beschlussantrages stimme, sofern die Gaisentalstraße nicht ausgeklammert werde. Seiner Meinung nach solle die Haltestelle in einem eigenen Punkt erscheinen. Dies wäre auch in der Vorlage so zu lesen gewesen.

Stadtrat Hagel lobt die tolle Vorlage. Der Grundsatzbeschluss sei bereits 2019 beschlossen worden. In der Zwischenzeit seien bereits 30 Haltestellen umgebaut worden, so dass die Zeitschiene gut eingehalten werden könne. Die Differenzen zwischen Bucht und Kap bestehen. Der Buskap sei aus Sicht der Busfahrer und der Stadtwerke schneller. Die Verkehrssicherheit stehe im Vordergrund. Ihm sei nicht bekannt gewesen, dass die Regelung bezüglich der Stundenbelastung gebe. Er verweist darauf, dass der Rückstau hinter dem Bus zu Problemen führen könne. Insgesamt sei er sehr zufrieden mit der Vorlage, sofern die Anlage 5 ausgeklammert werde, da diese ohnehin

gesondert ins Gremium eingebracht werde. Die Anlage 6 sei für ihn in Ordnung, wenn gleich er auf der Westseite eine Rückstauproblematik zur Tiefgarage sehe. Bei der Anlage 7 geht es ihm ähnlich wie Stadträtin Bopp. Die 11 Stellplätze werden dringend benötigt. Der Bedarf auch tagsüber sei sehr groß, da insgesamt wenig Parkplätze zur Verfügung stünden. Vielleicht gibt es für diese Haltestelle doch noch eine andere Lösung. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, ob die Umsetzung tatsächlich nur mit Verlust der Stellplätze realisiert werden kann. Bezüglich der Haltestelle Hagenbuch sei die jetzige Lösung mit dem Buskap aus Sicherheitsgründen besser. Der Bus steht und blockiere den dahinterstehenden Verkehr. Er hofft, dass es zu keiner Rückstauproblematik zur Memminger Straße komme.

BM Kuhlmann versichert, dass es bereits im Juli eine weitere Vorlage geben wird, nämlich die für 2024 und 2025. Es gehe der Verwaltung vorliegend um die Stellung des Förderungsantrags. Deshalb müssen die Vorentwürfe freigegeben werden. Des Weiteren wird die Vorlage Gaisentalstraße im Juli 2021 als Vorlage eingebracht.

BM Kuhlmann **schlägt vor**, die Ziffer 1 des Beschlussantrages um „bis auf Gaisentalstraße“ zu ergänzen, sowie die Anlage 5 durchzustreichen, so dass beides nicht mehr Gegenstand der heutigen Beschlussfassung sei.

Herr Münsch erklärt, dass in Bezug auf die Haltestelle Stadtteilhaus eine Umsetzung nicht möglich sei. Die Alternative fordert den Wegfall von 22 Stellplätzen und nicht nur von 11. Wenn die Stellplätze vordergründig gesehen werden, sei eine barrierefreie Umgestaltung der Bushaltestellen schlicht nicht realisierbar.

Stadtrat Hagel fragt, ob die Stellplätze direkt am Stadtteilhaus verloren gehen.

Herr Münsch antwortete, dass die Stellplätze direkt gegenüber dem Stadtteilhaus wegfielen. Es entstehen auch keine neuen Stellplätze. Bisher halte der Bus vor den Parkplätzen. Es ginge bei der Planung darum, nur auf einer Seite die Parkplätze zu verlieren. Der geringste Verlust sei das dargestellte Ergebnis der Vorplanung.

Stadträtin Kübler ist der Meinung, dass das Gremium doch gar nicht entscheiden könne, ob eine Haltestelle barrierefrei umgebaut werde oder nicht, da eine gesetzliche Grundlage erfüllt werden müsse.

Herr Münsch klärt das Gremium darüber auf, dass das Programm, um gesetzeskonform zu laufen, deutlich eher hätte umgesetzt werden sollen. Nun sei es ein Kraftakt. Es werde nicht zu schaffen sein, alle 220 Bushaltestellen umzubauen, weshalb die Thematik auch nicht gesetzeskonform sei. Ob nun die Anzahl der Stellplätze wichtiger sei als die Barrierefreiheit der Haltestelle dürfe das Gremium entscheiden.

BM Kuhlmann hebt hervor, dass in der Grundsatzvorlage eine Priorisierung vorgenommen wurde. Ein Eingriff in diese Haltestelle (Gaisentalstraße) werde sich lohnen.

Stadtrat Kolesch will keine Änderung am Grundsatzbeschluss vornehmen. Er findet den Eingriff beim Stadtteilhaus für in Ordnung. Die Lösung sei pfiffig. Er bittet die Verwaltung dennoch zu prüfen, ob nicht in der näheren Umgebung für Ersatz gesorgt werden könne. Lediglich für die Spitzenbelastung werden die verbleibenden Stellplätze nicht ausreichen.

Er möchte die Haltestelle gerne umbauen. Er merkt zudem an, dass in Biberach die Busse oftmals sehr zeitig unterwegs seien. Deshalb funktionieren Busbuchten sehr gut, da der Busfahrer einfach abwarten kann, bis er wieder in Zeit ist. Bei Kaps funktionieren das leider nicht. Gerade an der Haltestelle Theodor-Heuss-Str. funktionieren das dann nicht mehr, wenn ein Kap ausgebildet werde. In diesem Falle könne der Bus nicht mehr an dieser Haltestelle warten.

Herr Münsch verweist auf den Umstand, dass sicherlich nicht alle Busbuchten aufgegeben werden, insbesondere an einer Bundesstraße. Darüber entscheidet gleichwohl das Regierungspräsidium. Die Busfahrer die diese Linie fahren, müssen die entstandenen Zeitdifferenzen an anderer Stelle ausgleichen.

BM Kuhlmann **sagt zu**, Herrn Schilling miteinzubinden.

Stadtrat Keil ist der Meinung, dass wenn eine Haltestelle barrierefrei umgebaut werden müsse, dann sei es die beim Stadtteilhaus. Die Essensangebote werden von vielen Menschen angenommen, die über ein Handicap verfügen.

BM Kuhlmann ruft den geänderten Beschlussantrag zur Abstimmung auf.

Nach kurzer Diskussion fasst der Bauausschuss einstimmig folgenden geänderten Beschluss:

- 1. Der Bauausschuss stimmt (ohne Haltestelle Gaisentalstraße) der Vorentwurfsplanung zum barrierefreien Umbau der insgesamt 12 Bushaltestellen im Jahr 2022 mit einem Gesamtkostenaufwand von 520.500 € zu. Die Anlage 5 wird aus der Vorlage gestrichen.**
- 2. Der Bauausschuss stimmt der Vorentwurfsplanung zum barrierefreien Umbau der insgesamt 10 Bushaltestellen im Jahr 2023 mit einem Gesamtkostenaufwand von 447.000 € zu.**

TOP 6. Sanierung Pestalozzi-Gymnasium 2021/112
Fördermöglichkeiten und ihre Auswirkungen auf die Terminierung
der Maßnahme

Dem Bauausschuss liegt die dieser Nachricht als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2021/112 zur Kenntnisnahme vor.

Stadtrat Grunwald befürwortet die Vorlage. Es sei allgemein bekannt, dass es einen hohen Sanierungsbedarf an den Schulen gebe. Aufgrund der hohen Kosten sei wichtig die Förderungen so gut es geht abzuschöpfen.

Stadträtin Bopp erklärt sich mit der Vorlage einverstanden. Das Schulgebäude funktioniere.

Stadtrat Keil moniert, dass es so einfach nicht funktioniert und zwar ganz und gar nicht. Es handle sich um ein gravierendes Problem. Auch die Bauverwaltung habe ein großes Problem, da sie nicht wissen, wann mit der Maßnahme begonnen werden könne. Leichter werde es dadurch nicht. Auch nicht für die Gemeinderäte. Es wurde schließlich ein Investitionsprogramm beschlossen, so dass die Millionen nicht so einfach hin und her verschoben werden können. Am Ende wisse keiner mehr, wie die Beschlusslage sei. Er fragt sich, wie das Baudezernat gedenke mit der Arbeitsbelastung umzugehen.

Stadtrat Dr. Weigele stellt fest, dass es sich um ein Projekt in Höhe von 20 Mio. handle. Soviel Geld gebe Biberach ansonsten insgesamt für alle Projekte aus.

Stadträtin Romer-Aschenbrenner hat eine Anmerkung. Der L-Trakt sei doch noch relativ neu. Warum ist dieser im Umfang der Sanierung mit abgebildet. Wenn eine Verschiebung notwendig werde, sei für die Aufrechterhaltung des Schulbetriebes die Modulbauweise Pflicht. Ferner müssen notwendige kleinere Reparaturen sichergestellt sein. Die Schule sei schon sehr lange in der öffentlichen Diskussion und dies beeinflusse Eltern ihre Kinder in einer anderen Schule anzumelden. Sie bittet die Verwaltung auch um Gespräche mit der Schulleitung. Abschließend freut sie sich auf eine schön sanierte Schule.

Herr Kopf-Jasinski stimmt zu, dass die Situation aufgrund der Förderung nicht leichter werde, da sehr lange unklar bleiben werde, ob die Förderung tatsächlich fließe. Der L-Trakt sei ebenfalls sanierungsbedürftig, gleichwohl nicht so stark wie die anderen. Die Förderung greife ggf. auch nicht für diesen Trakt. Die Modulbauweise werde geprüft, dies habe die Verwaltung bereits mehrfach zugesagt. Kleinere Reparaturen werden im erforderlichen Umfang gemacht werden.

Frau Fürgut teilt mit, dass sie in ständiger Abstimmung mit Schule und Schulleitern sei. Die Sanierung wirke sich auf die Schülerzahlen aus.

Der Bauausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

TOP 7. Erweiterung der Grundschule Stafflangen

2021/122

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 2021/122 zur Vorberatung vor.

Herr Kopf-Jasinski erläutert anhand von Präsentationsunterlagen die geplante Erweiterung der Grundschule in Stafflangen.

Stadträtin Lauber findet es eine sehr gute und kluge Entscheidung den nicht mehr benötigten Modulbau für die Erweiterung der Grundschule in Stafflangen zu verwenden. Sie stimmt der Beschlussvorlage zu.

Stadträtin Gutermann stimmt sogar sehr gerne zu. Selbst ohne Zuschuss ist die Maßnahme kostengünstig.

Stadträtin Riek stimmt der Vorlage sehr gerne zu. Sie frage sich, ob der schöne Schulgarten erhalten bleibe.

Stadträtin Jeggle bedankt sich für die dringend benötigte Erweiterung. Dadurch kann der Raumbedarf endlich gedeckt werden. Durch die zusätzlich geplante Sanierung des Bestandsgebäudes sei die Grundschule sodann sehr gut aufgestellt. Sie stimmt der Vorlage uneingeschränkt und gerne zu.

OV Müller erklärt glücklich, dass sich diese Vorlage für Stafflangen so anfühle, wie ein 6er im Lotto. Er bedankt sich bei allen Verantwortlichen, dass an die Stafflinger Grundschule gedacht worden sei. Dass die Grundflächen des Modulbaus zusätzlich auch den fehlenden Raumbedarf abdecken, sei die Zusatzzahl zum 6er im Lotto. Der Ortschaftsrat berät sich nächste Woche über die Maßnahme. Er geht natürlich davon aus, dass die Zustimmung erteilt werde.

Herr Kopf-Jasinski teilt mit, dass der Schulgarten nicht beeinträchtigt werde.

Ohne weitere Aussprache empfiehlt der Bauausschuss dem Gemeinderat einstimmig entsprechend dem Beschlussantrag der Verwaltung wie folgt zu beschließen:

- 1. Der Erweiterung der Grundschule Stafflangen durch das Versetzen des Modulbaus mit Gesamtkosten in Höhe von ca. 320.000 € im Herbst 2021 wird zugestimmt.**
- 2. Die Finanzierung von 250.000 € im Jahr 2021 erfolgt außerplanmäßig auf der Invest.-Nr. 211011-H01, Sanierung und Erweiterung GS Stafflangen, KTR 21100101, KST 40401100, SK 0961010. Die Deckung ist gewährleistet durch Wenigerausgaben auf der KST 66500100, Invest.-Nr. 55200-T001, Hochwasserschutz Rot-/Wolfentalbach. Ferner wird eine VE in Höhe von 70.000 € außerplanmäßig bereitgestellt, die Deckung ist gewährleistet durch die Reduzierung der VE auf der KST 40404200, Invest.-Nr. 211042-H01, Sanierung PG.**

TOP 8. Bekanntgaben und Verschiedenes

TOP 8.1. Verschiedenes - Bericht zur Umsetzung von Hochwasserschutzmaßnahmen im Bereich Biberach

Stadtrat Kolesch möchte die Vorlage eines Berichtes zur Umsetzung von Hochwasserschutzmaßnahmen im Bereich Biberach.

Letzte Woche hatten wir großes Glück. Wir müssen wissen, wann die Umsetzung im Wolfental erfolge. Im Wolfental hatten wir die letzten Jahre sehr viel Glück, dass nichts passiert sei.

BM Kuhlmann teilt dem Gremium mit, dass Herr Mägerle von der SZ gestern im Baudezernat gewesen sei und diesem umfassend Bericht erstattet worden sei. Sämtliche Fragen sollten mit dem Presseartikel beantwortet sein und er bittet das Gremium diesen Artikel abzuwarten. Sollten dann noch Fragen des Gremiums offen sein, bittet er um erneute Anfrage.

Der Bereich im Wolfental sei nicht beklagt worden, was bedeutet, dass die Baumaßnahme derzeit vorbereitet werde.

TOP 8.2. Verschiedenes - Parkhaus BSZ

Stadtrat Kolesch ruft dem Gremium in Erinnerung, dass er die Zustände des Parkhauses BSZ bereits bei dem Neubau des Schülerwohnheims thematisiert habe. Die Zustände seien seit der Aufhebung der Ausgangssperre wieder katastrophal. Lärm, Vandalismus, Autorennen, sogar eine Sichtschuttscheibe sei zerstört worden. Das Tor und der Zaun seien zwar gebaut worden, jedoch steht das Tor ständig offen und er habe nur eine unzufriedenstellende Antwort erhalten – Tor werde jetzt dann geschlossen werden –.

Er habe den Anliegern versprochen sich drum zu kümmern. Er sieht den Landkreis in der Pflicht Abhilfe für die Anlieger zu schaffen.

BM Kuhlmann sagt zu, dass Thema beim Landkreis zu platzieren.

TOP 8.3. Verschiedenes - Ochsenhauser Hof – Grünschnitt / Kastanienbäume

Stadträtin Lauber möchte darauf aufmerksam machen, dass der Grünstreifen entlang der Mauer am Ochsenhauser Hof sehr unschön aussehe.

Des Weiteren wachsen auf der anderen Seite kleine Kastanienbäume, die umgesetzt werden sollten, da sie an diesem Standort nicht überleben werden.

BM Kuhlmann sagt zu, dass er es an die entsprechenden Mitarbeiter weitergeben werde.

TOP 8.4. Verschiedenes - Mulchen

Stadtrat Weber teilt mit, dass neben dem Geh- und Fahrradweg ca. eineinhalb Meter gemulcht worden sei. Es kann nicht sein, dass in Zeiten mit Klimawandel, Biodiversität und Artensterben öffentliche Flächen gemulcht werden. Er plädiert dafür, das Mulchen sofort einzustellen.

BM Kuhlmann sagt zu, dass er die Thematik erfragen werde.

Bauausschuss, 17.06.2021, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender: Baubürgermeister Kuhlmann

Stadtrat: Hagel

Stadtrat: Weber

Schriftführer: Keller

Gesehen: OB Zeidler

Gesehen: EBM Miller